

Berliner Volks-Zeitung

Heute Jede Woche Milch

Abend-Ausgabe Einzel-Nummer 10 Pfennig

Verleger: Otto Rützel, Berlin-Weißhof

Kinderspielzeug	1.20	Reichshaus	1.20
Milch	1.20	Strassenbahn	1.20
Präsidenten	1.20	Teich	1.20
Gaskokas	1.20	ca. 200	1.20
Strom	1.20	ca. 100	1.20
ca. 100	1.20	ca. 100	1.20

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Rindfleisch	0.85-1.20	ohne Knochen	0.75-0.85
Kalbfleisch	1.10-1.20		
Schweinefleisch	1.10-1.20		
Geflügel	0.45		
Fisch	0.85-1.10		

Druck und Verlag: Rudolf Wolff, Berlin.

1. Aufl.	0.25	2. Aufl.	0.25
3. Aufl.	0.25	4. Aufl.	0.25
5. Aufl.	0.25	6. Aufl.	0.25
7. Aufl.	0.25	8. Aufl.	0.25
9. Aufl.	0.25	10. Aufl.	0.25

Frankreichs schwere Marokkosorgen

Der zunehmende „Druck des Feindes“ - Ein Interview mit Primo de Rivera - Der Bericht der parlamentarischen Schlichtungsbüro

Paris, 4. Juli.

Der offizielle Kriegsbericht aus Marokko lautet: „Im Westen haben wir Zuneig erreicht. Der Militärposten von Tarrant konnte ohne Zwischenfälle neu besetzt werden. Die Situation im Osten ist sehr gespannt; der Druck des Feindes wird härter.“ Diese satonische Meldung über den zunehmenden Druck der Truppen Abd-el-Krim's erregt in Paris Beorgnis. Man erwartet mit Ungeduld nähere Nachrichten.

Es vor Kriegsplan ist nicht viel Gutes zu berichten gibt, bemüht sich die Regierungspresse, ermunternde Nachrichten über die Verhandlungen in Madrid zu bringen. Der Sonderkorrespondent des „Petit Parisien“ hat Primo de Rivera interviewt. Der Bericht über diese Unterredung ist sehr lang; aber der Inhalt bringt nicht viel Neues. Primo de Rivera bestätigt, daß er sehr optimistisch über das Ergebnis der Konferenzen denkt. „Denken Sie an eine gemeinsame militärische Aktion?“ fragte der Journalist. Auf diese Frage antwortete Primo de Rivera nicht. Dieser Solbat spricht vom Frieden“, erzählt der Interviewer.

Die Amercoffmission hat die Delegierten der Kammer, die aus Marokko zurückgekehrt sind, gestern in einer beiderseitigen Sitzung angehört. Der Vorliegende der parlamentarischen Kommission, schiederte die Lage und erklärte, daß er eine Offensive für bringen mög-

wendig halte. Ein Angriff sei weniger kostspielig als eine abwartende Haltung in einem Guerillakrieg, der täglich neue Ueberwachungen bringen könne. Gullhaumont verlangte außerdem die Ernennung eines vom Generalresidenten unabhängigen Militärbeobachters.

Renoulet unterstützte diese Auffassung und war gleichfalls für eine energische Weiterführung der begonnenen Operation, aber unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig auch Friedensverhandlungen eingeleitet würden.

Der Krieg in Marokko müßte unter allen Umständen schnell beendet werden. Alle Mitglieder der Kommission wünschten die Einstellung der offiziellen Berichtsberichte, welche die Wichtigkeit unbedeutender Operationen beständig übertrieben und ein ganz falsches Bild geben. Die Kommission wird den Ministerpräsidenten bitten, Communiqués dieser Art nicht mehr veröffentlichen zu lassen.

Gullhaumont sagte über Abd-el-Krim, den der Senator Chéron einen „Rebellen“ nannte, und der in vielen französischen Zeitungen als ein wilder Fanatiker geschildert wird: „Abd-el-Krim ist kein Verräter, der an eine göttliche Sendung glaubt, sondern ein Mann, der arbeitet und denkt. Er war Beamter in spanischen Diensten und darf nicht unterschätzt werden, denn er besitzt große Fähigkeiten als Führer, als Diplomat und Organisator.“

Schnelldienst

Der schiffliche Finanzminister Dr. Reinhold moht den heutigen Beratungen des Steuer- auschusses bei, um über die Höhe der neuen Einkommensteuer zu entscheiden. Die amerikanische Regierung hat an die Regierung von Washington einen genau ausgearbeiteten Plan über die Regelung der japanischen Schulden an Amerika gefordert. Die Vereinigten Staaten haben sich für den Fall geäußert, daß die Regierung von Washington einen genau ausgearbeiteten Plan über die Regelung der japanischen Schulden an Amerika gefordert. Die Vereinigten Staaten haben sich für den Fall geäußert, daß die Regierung von Washington einen genau ausgearbeiteten Plan über die Regelung der japanischen Schulden an Amerika gefordert.

Blitzableiter

Jägersteuer statt Zölle

Dr. h. o. Freiherr v. Schoenaich, Generalmajor a. D.

Die „B. V. Z.“ hat sehr richtig auf den Hauptgefahrpunkt der augenblicklichen politischen Lage hingewiesen. Die Regierung Luther könnte verurteilt, die Abstützungfrage hinsichtlich zu behandeln, um zunächst einmal die Folgegefahren unter Dach und Fach zu bringen. Nachher wird für ein Stütz nicht unangebracht, die fatale Entscheidung der Abstützung würde sie nicht, einer Regierung der Weimarer Koalition überlassen. Die Reichspresse würde die Wut des Volkes gegen die Forderungen unserer Gegner tüchtig schüren, damit es die unzulässige Zollgeheiß und den Abbau des Lichtbunttages geduldig schaut.

Das heißt, die Abstützung soll der Blitzableiter sein für die Niedriggaben an die großen Wirtschaftskruppen. Die Befandtheit unserer Außenpolitik könnte ohne Schwierigkeit durch das Verarbeiten der beiden Minister Dr. Gehler und Dr. Stresemann gefördert werden, da beide Herren die für Politiker unschätzbare Eigenschaft besitzen, sowohl in einer Rechts- wie in einer Linksregierung zu antworten, ohne ihre politischen Grundansätze irgendwie zu ändern.

Ob der große Schlag gelingt, ob die Einkünfte darauf einfallen, steht noch nicht fest, wir müssen uns aber mit dem Gedanken vertraut machen, daß man die Zollgeheiß durchsetzt.

Das Kernstück dabei sind die Getreide- und Viehzölle. Die Landwirte behaupten, ohne sie nicht existieren zu können.

Das Jammern der Landwirte muß man mit großer Vorsicht aufnehmen. Die Herren haben auch gemurmelt, als sie während der Inflation im Gelde schwammen. Wie geht es den Landwirten jetzt nun wirklich? Ich glaube aber den Verdacht erheben zu sein, die großen Wirtschaftskruppen über Gebühr in Schutz zu nehmen, aber ich wage es nicht herauszusagen, sie kämpfen jetzt einen schweren Kampf. Nicht die hohen Löhne, wie manche behaupten, auch nicht die niedrigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, und nicht die hohen Preise für landwirtschaftliche Maschinen sind das entscheidende, sondern die Kreditverhältnisse. Die für den nur einmal jährlich umlaufenden Landwirt viel unannehmer sind als für den Industriellen und den Kaufmann. Zurzeit ist der Getreidezoll viel weniger bedeutend als die Vieh- und Fleischzölle, da die Auslandspreise für Getreide höher sind als die Inlandspreise. Der Landwirt muß sich in seiner Wirtschaft aber auf lange Sicht einstellen. Es ist also durchaus verständlich, daß ihm die Inlandspreise erste Sorge bereiten. Es besteht die große Gefahr, daß die Landwirte sich aus Zukunftsorgen auf ertende, das heißt weniger rentierliche und weniger kreditbedürftige Wirtschaft einstellen. Das aber muß aus volkswirtschaftlichen Gründen verhindert werden.

Nachdem sämtliche zukünftigen Volkswirte sich gegen Getreidezölle ausgesprochen haben, weil sie die Arbeiter belasten, die Lohnschränkung in Bewegung setzen und unsere Industrie auf dem Weltmarkt ausschalten, muß nach anderen Mitteln gesucht werden, der Landwirtschaft zu helfen.

Ich glaube, daß das Mittel nur in der Steuererleichterung zu finden ist. Unsere Steuererleichterungen sind zu vermindert, daß nur noch Spezialisten hindurchschlüpfen. Das aber wieder öffnet der Steuerhinterziehung Tür und Tor. Es ist ein Kinderpiel für einen Landwirt, so zu wirtschaften, daß bedeutend nachzuweisen ist, daß ein Einkommen in dem laufenden Jahre nicht erzielt worden ist.

Dagegen gibt es nur ein Mittel, und das ist die Flächenersteuer. Die Vorschläge, die der frühere oberbürgerliche Ministerpräsident Tanzen, dem ersten Fachmann auf dem Gebiet, dem Reichsfinanzministerium in einer Denkschrift unterbreitet hat, scheinen dort in den Papieren gewandert zu sein.

Die Sache liegt ganz einfach. Wenn heute ein Gut oder eine Bauernstelle verpachtet wird, so einigen fünf Pächter und Verpächter sehr schnell über den Pachtpreis. Sie berechnen einfach beide, was bei verständiger Wirtschaft aus dem Betrieb herausgeholt werden kann. Die Pachtpreise bewegen

Luther will keine Aussprache

Berlegenheitsbeschluss des Reichstages - Kein Beratungsstoff - Die nächste Sitzung erst Mittwoch

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde, wie wir berichtet haben, der Beschluss gefasst, daß die Sache solle wegen der außenpolitischen Ausprägung mit dem Reichstagsrat verhandelt werden. Diese Verhandlungen haben bis zur Stunde ein befriedigendes Ergebnis nicht gehabt.

Der Reichstag hat gestern Abend mit überwältigender Mehrheit sich letzten Endes für die außenpolitische Aussprache vor der Ablehnung der deutschen Antwort auf die Note Briand's ausgesprochen. Das war der Kernpunkt der ganzen Debatte. Dazu hat nun der Reichstagsrat dem Reichstagsrat Edele mitteilen lassen, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt - also vor der Ablehnung der Note - eine außenpolitische Aussprache im Reichstages nicht stattfinden könne. Von dieser Erklärung des Reichstages hat der Reichstagspräsident heute mittig kurz vor Beginn der Plenar-sitzung im Reichstagesrat Mitteilung gemacht. Der Reichstagsrat hat sich ferner bereit erklärt, die Gründe für seine Zurückhaltung dem Reichstagesrat persönlich vorzutragen. Nun hat der Reichstagesrat heute mittig beschlossen, daß am Montag und Dienstag keine Plenar-sitzungen stattfinden sollen. Als Begründung wurde von der Mehrheit des Reichstages angegeben, es liege kein Beratungsstoff vor. Das stimmt etwas sonderbar, wenn man weiß, wie groß noch die Aufgaben sind, die der Reichstag vor den Ferien erledigen will. Also im Augenblick ist geplant, den Montag und Dienstag völlig für die Ausschuss-Sitzungen zu reservieren. Die Reichstagsrat-Sitzung, in der der Reichstagsrat sprechen will, wird dann erst, voraussichtlich am Mittwoch stattfinden. Das alles ist aber noch sehr im Fluss, da die Sozialdemokraten erklärt haben, daß die Entscheidung in der heutigen Plenar-sitzung getroffen werden müsse. Aber auch dann, wenn der Reichstag heute beschließen sollte, daß er die Erklärungen des Reichstagesrat im Reichstagesrat abwarten will, so muß damit noch nicht ausgesprochen sein, daß die außenpolitische Aussprache endgültig bis nach der Ablehnung der deutschen Antwort, also etwa bis zum 15. oder 16. Juli vertagt sein würde.

Der Reichstagsrat hat sich vorbehalten, nach den Erklärungen des Reichstagesrat im Reichstagesrat erneut die sofortige Behandlung der außenpolitischen Lage im Plenum des Reichstages zu fordern.

zung betreffende Erklärungen darüber verlangen, daß die im Prozeß anstehenden Behauptungen über mittelbare und unmittelbare Mitwirkung des Reichstagesrat's Klagen an dem den Angeklagten zur Last gelegten Vergehen unbedeutend sind. Um übergen muß sich die Reichsregierung ihre weiteren Schritte vorbehalten, bis der von der deutschen Botschaft in Moskau eingehende abschließende Bericht über den Prozeß vorliegt.

Fast 5 Millionen Sachfen. Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Landesamtes in Dresden betrug die Bevölkerungszahl des Freistaates Sachsen am 16. Juni 1920 301 Personen. Am 1. Dezember 1920 hatte Sachsen 4 800 661 Einwohner. Die Bevölkerung in Sachsen ist demnach in diesem Zeitraum um 3,4 Prozent gestiegen. Die Einwohnerzahl von Dresden beträgt 608 025, die von Leipzig 650 140 Personen.

Die Opfer der Moskauer Justizkomödie



Ditmar



Dr. Rindermann



Wolff

Die Moskauer Todesurteile

Deutsche Schritte zur Verhinderung der Urteilsvollstreckung

Der Schlussbericht über den Moskauer Studentenprozess ist der Reichsregierung zur Stunde noch nicht zugegangen, wird aber noch im Laufe des Tages erwartet. Bis zum Eingang des Berichtes behält sich die Reichsregierung, wie von unserer Seite mitgeteilt wird, die Stellungnahme vor. Die Regierung hat jedoch Schritte unternommen, die eine Urteilsvollstreckung auf jeden Fall verhindern sollen.

Zunächst ist zu erwarten, daß die Angeklagten von dem ihnen zustehenden Recht eines Gnabengefüßes an das Generalsekretariat der Union der Sowjetrepublik Gebrauch werden. Außerdem wird die deutsche Regierung von der Diktierge-